

Allgemeine Datenschutzhinweise der Gemeinde Rust gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Rust,

im Folgenden erhalten Sie unsere allgemeinen Datenschutzhinweise für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stellen unsere grundsätzliche Vorgehensweise bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten dar, ohne im Detail auf spezielle Zwecke, Rechtsgrundlagen, Datenarten, Empfänger und Speicherfristen einzugehen. Sollten Sie darüber hinaus Informationen zu einem konkreten Verfahren haben, so sprechen Sie uns gerne an. Wir stellen neben diesen allgemeinen Datenschutzhinweisen auch gerne auf den jeweiligen Fachbereich bzw. das jeweilige Fachverfahren bezogene Datenschutzhinweise bereit.

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Gemeinde Rust vertreten durch Bürgermeister Dr. Kai-Achim Klare Fischerstr. 51 77977 Rust Tel: 07822 – 8645 0 E-Mail: info@rust.de
Behördliche/r Datenschutz- beauftragte/r	Den behördlichen Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Rust erreichen Sie unter datenschutz@rust.de
Zwecke der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	Zwecke der Verarbeitung Als Gemeinde sind wir verantwortlich für zahlreiche öffentliche Aufgaben, die das tägliche Leben unserer Bürgerinnen und Bürger betreffen. Dazu zählen unter anderem Aufgaben in den Bereichen Bauen und Planen, Ordnungsangelegenheiten, Soziales, Kultur und Bildung. Ein wesentlicher Aufgabenbereich der Gemeindeverwaltung ist die Bearbeitung von Bürgeranliegen und Anträgen. Dabei ist die Gemeindeverwaltung in verschiedene Ämter bzw. Fachbereiche unterteilt, die jeweils für unterschiedliche Aufgaben zuständig sind. Im Rahmen unserer Aufgabenerfüllung verarbeiten wir Daten für die unterschiedlichsten Zwecke. Folgende Ämter/Fachbereiche finden Sie in unserer Gemeindeverwaltung mit entsprechender Aufgabenerfüllung: - Haupt- und Personalamt - Bauamt - Umweltamt - Rechnungsamt - Büro des Bürgermeisters - IT & Digitalisierung - Tourismus, Marketing, Kultur Alle Ämter / Fachbereiche verarbeiten personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung. Rechtsgrundlagen Je nach Verarbeitung und Anliegen/Aufgabe können unterschiedliche Rechtsgrundlagen vorliegen: ▪ In den meisten Fällen werden Ihre Daten auf Grundlage von

	Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e) DSGVO (Wahrnehmung öffentlicher Interessen und Ausübung öffentlicher Gewalt) in Verbindung mit dem jeweilig anzuwendenden Fachgesetz und / oder §4 LDSG (Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg) verarbeitet. ▪ Sofern es eine gesetzliche Verpflichtung für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gibt, so ist die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs.1 Satz 1 Buchstabe c) DSGVO. ▪ Dient die Verarbeitung der Vertragserfüllung zwischen Ihnen und der Gemeinde, so ist die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs.1 Satz 1 Buchstabe b) DSGVO. ▪ Sofern Sie uns im Einzelfall eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegeben haben, so ist die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs.1 Satz 1 Buchstabe a) DSGVO. Nähere Informationen hierzu erteilt Ihnen das zuständige Amt bzw. der zuständige Fachbereich. 1
Datenarten und Datenquellen	Erforderliche Daten Die erforderlichen ergeben sich aus dem jeweiligen Zweck der Verarbeitung in Verbindung mit den dafür erforderlichen Daten. Es werden nur die Daten erhoben und verarbeitet, die für die Erfüllung des Zwecks erforderlich sind. Andere Angaben können ggf. freiwillige hinzugefügt werden. Datenquelle Die Daten werden grundsätzlich direkt bei Ihnen erhoben. Im Übrigen bestehen in vielen Verfahren sog. Übermittlungsbefugnisse, d.h. wir können ggf. auch bei anderen Ämtern/Behörden Daten erfragen.
Dauer der Speicherung	Ihre personenbezogenen Daten werden grundsätzlich für die Dauer der Aufgabenerfüllung gespeichert. Ist der Zweck der Datenverarbeitung erfüllt, so können sich gesetzliche Aufbewahrungsfristen anschließen. Zudem sind wir in vielen Fällen verpflichtet, Daten und Unterlagen nach Zweckerfüllung dem Landesarchiv anzubieten.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Die Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur mit einer gesetzlichen Übermittlungsbefugnis oder Ihrer Einwilligungserklärung. Einzelheiten zu den Empfängern erfahren Sie beim jeweiligen Amt bezogen auf das jeweilige Verfahren.
Betroffenenrechte	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte: Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung Recht auf Datenberichtigung nach Art. 16 DSGVO, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten. Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen gemäß o.g. Artikel zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Abs.3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine

	Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung nach Art. 18 DSGVO, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. Recht auf Datenübertragung nach Art. 20 DSGVO, in einem strukturierten Format, sofern die Voraussetzungen gem. o.g. Artikel erfüllt sind. Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.
Automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)	Wir nutzen grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO.
Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland (außerhalb EU)	Wir übermitteln grundsätzlich keine personenbezogenen Daten an Stellen in Drittstaaten oder internationale Organisationen. Sollte dies im Einzelfall doch Anwendung finden, so ist dies in den Datenschutzhinweisen des jeweiligen Fachverfahrens dargelegt.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen & Folgen der Verweigerung	In vielen Bereichen haben Sie eine bestimmte Anzeige-, Melde- oder Auskunftsverpflichtung. Ist dies der Fall, so kann eine Verweigerung, personenbezogene Daten bereitzustellen, zu empfindlichen Sanktionen führen. In den Fällen, in denen Sie nicht verpflichtet sind, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen, ist die Folge der Nicht-Bereitstellung einzig die Nichtberücksichtigung Ihres Antrags/Ihrer Bewerbung/Ihres Anliegens.
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde seiner Wahl, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a 70173 Stuttgart Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de
Datum:	19.12.2024